

Klarheit und Mut zur Wahrheit

#VIVANT24 Unser Sofortprogramm
für ein
aktives und konstruktives
Miteinander
in der
Deutschsprachigen Gemeinschaft





Unsere Grundidee lautet: Ein effizientes Gemeinwesen mit freien und eigenverantwortlichen Menschen.

Vivant wird Bürokratie abbauen und die Bürgerinnen und Bürger entlasten.



Das Wesentliche: Es ist das Geld der Steuerzahler

Die belgischen Regierungen, auf föderaler wie auf regionaler Ebene, beanspruchen einen beträchtlichen Teil des Einkommens der Bürgerinnen und Bürger durch hohe Steuern und Abgaben. Gleichzeitig investiert der Staat in aufwändige Kampagnen, um gezielt Ressourcen in bestimmte Bereiche zu leiten.

Doch wäre es nicht zielführender, den Steuerzahlern mehr finanzielle Freiheit zu gewähren und sie weniger zu belasten?

Dies gestaltet sich jedoch in Belgien aufgrund seines föderalen Systems als echte Herausforderung: Die Komplexität des Föderalismus führt dazu, dass verschiedene Ebenen der Regierung unterschiedliche Steuern erheben: Der Föderalstaat, die Regionen, die Provinzen und die Gemeinden - alle haben ihre eigene Zuständigkeit.

In diesem System stehen die Gemeinschaften gegenüber dem Steuerzahler verhältnismäßig gut da, da sie nicht direkt für die Steuereintreibung verantwortlich sind. Insbesondere die Deutschsprachige Gemeinschaft (DG) erhält eine großzügige Zuwendung, die sie für kostspielige Maßnahmen nutzen kann, welche auch dazu dienen, beim Bürger Anklang zu finden.

Es ist jedoch wichtig zu erkennen, dass auch die finanziellen Ressourcen, die von der DG verwendet werden, letztendlich von belgischen Bürgern stammen, die zuvor durch Steuern und Abgaben belastet wurden.

Verantwortungsvoll mit anvertrauten Steuergeldern umzugehen, das ist die wesentliche Aufgabe der Politik.

"Wir reden hier über Geld, das wir von den Bürgerinnen und Bürgern Belgiens erhalten, um damit Politik zu machen, das müssen wir uns immer wieder klarmachen.

Diese Steuergelder sinnvoll einsetzen und sinnvoll investieren, damit zukünftige Generationen über geeignete Infrastrukturen verfügen – aber auch von keinem übermäßigen Schuldenberg belastet werden. Das muss die Aufgabe der Regierung sein."

Michael Balter, Spitzenkandidat von Vivant



Was ist zu tun? Unser Sofortprogramm

Maßhalten





1.000.000.000 €

(eine Milliarde Euro)
Schulden der Regierung dafür zahlt die DG
allein in diesem Jahr mehr als

20.000.000 €

(zwanzig Millionen Euro) allein an Zinsen auf die Schuld.

20 Millionen Euro:

für dieses Geld könnte man

ca. 50 Häuser bauen – also in etwa ein Dorf in der Eifel. Das ist der Gegenwert an zu zahlenden Zinsen, in nur einem einzigen Jahr.



EINMAL WIRD DER TAG KOMMEN, DA DER BÜRGER ERFAHREN MUSS, DASS ER DIE SCHULDEN ZU BEZAHLEN HABE, **DIE DER STAAT** MACHT UND UNS ZUM "WOHLE" DES VOLKES DEKLARIERT. Ludwig Ehrhard (1897 - 1977) Bundesminister für Wirtschaft von 1949 bis 1963 Vater des "deutschen Wirtschaftswunders" #mutzurwahrheit

www.vivant.be



EINE REGIERUNG MUSS SPARSAM
SEIN, WEIL DAS GELD, DAS SIE ERHÄLT,
AUS DEM BLUT UND SCHWEISS IHRES
VOLKES STAMMT. ES IST GERECHT,
DASS JEDER EINZELNE DAZU BEITRÄGT,
DIE AUSGABEN DES STAATES TRAGEN ZU
HELFEN. ABER ES IST NICHT GERECHT,
DASS ER DIE HÄLFTE SEINES
JÄHRLICHEN EINKOMMENS MIT
DEM STAATE TEILEN MUSS.

77

Friedrich der Große

#dierichtigenfragen





Umschichten



- FUNKTION DES PARLAMENTSPRÄSIDENT UND DES SENATORS ZUSAMMENLEGEN
- SENAT UND PROVINZEN BELGIENWEIT ABSCHAFFEN
- VERSCHLANKUNG DES GESAMTEN POLITISCHEN APPARATS







Bürokratie verschlanken



Derzeit kostet die Regierung der DG den belgischen Steuerzahler mehr als 5.000.000€ (fünf Millionen Euro) pro Jahr. Das Parlament der DG kostet mehr als 9.000.000€ (neun Millionen Euro) pro Jahr.



Vivant hat errechnet, dass ohne Einschnitte, bei einer konsequenten Durchforstung der Verwaltung mehrere Millionen Euro eingespart werden könnten.

- o Braucht die DG vier Minister?
- o Muss die Regierung fünf Millionen Euro pro Jahr kosten?
- Braucht jeder Minister einen eigenen Pressesprecher?
- Brauchen wir einen Senator, obwohl der PDG-Präsident an den wenigen Sitzungen des Senats teilnehmen könnte?
- o Braucht der Parlamentspräsident einen zusätzlichen Mitarbeiter?
- o Muss das Parlament neun Millionen Euro pro Jahr kosten?

Warum geht das alles nicht einfacher und günstiger?

Weil dies die typische Vorgehensweise der klassischen Politik und ihrer etablierten Politiker ist.

Wer kann das ändern und dem ein Ende setzen?

Die Wähler mit ihrer Stimme!

Vivant wählen für konsequentes Durchforsten und Sparen - auf allen politischen Ebenen.



Sind Subventionen opportun?

Ein sehr wichtiges Element, das Vivant seit Jahren anspricht: Die Opportunitätsfrage von Subventionen, die von der DG gezahlt werden.

"... die zwingende Klärung seitens der DG der Opportunitäts- und Sinnhaftigkeitsfrage von Ausgaben- und Investitionsentscheidungen untergeordneter Behörden (z.B. Gemeinden), die eine oftmals bedeutsame Bezuschussung seitens der DG zur Folge haben.

...Im Gesamtinteresse der Deutschsprachigen Gemeinschaft darf sie nicht nur ausschließlich als "blinde" subsidierende Instanz auftreten."

So der ostbelgische Arbeitgeberverband AVED

Vivant ist nicht gegen Subventionen. Aber es geht um die richtige Analyse.

"Es geht nicht darum, Projekte nicht zu finanzieren oder pauschal abzulehnen. Sondern es geht darum, ganz nüchtern, sachlich und pragmatisch Projekte und ihren Kostenaufwand zu analysieren. Das hat nichts mit einem Eingriff in die Gemeindeautonomie zu tun. Im Gegenteil, dies ist ein gegenseitiges Helfen, Projekte so günstig wie möglich zu realisieren."

Michael Balter, Spitzenkandidat



Zurückgeben -

Kaufkraft stärken -

Beispiel regionale Wertgutscheine

OSTBELGIEN IN GUTE LISTE HANDE #klarheitmutwahrheit www.vivant.he



Die Kaufkraft der Bevölkerung hat in den letzten Jahren sehr gelitten besonders bei Familien, Senioren und Geringverdienern

Abgaben reduzieren, Kaufkraft stärken - freigewordene Gelder sollten sinnvoll eingesetzt werden. Dies würde die Möglichkeit schaffen Projekte zu organisieren, die den regionalen Wirtschaftskreislauf stärken. Vivant will zudem das Kindergeld erhöhen und diese Erhöhung in Form von Gutscheinen auszahlen, die nur in Ostbelgien einlösbar sind.

Dies ist eine konkrete Unterstützung des ostbelgischen Mittelstands.

Eine einfache Möglichkeit: die Auszahlung einer zusätzlichen Geburtsprämie

Die zusätzliche Geburtsprämie, die Vivant einführen wird, besteht aus einen Einkaufgutschein, der nur in der DG eingelöst werden kann. Die Gemeinde Büllingen macht dies bereits jetzt bei verschiedenen Anlässen sehr unkompliziert. Die Gutscheine der Gemeinde sind nur auf deren Gebiet einzulösen.

Solche Regionalgelder erhöhen die Kaufkraft und stärken den lokalen Einzelhandel.

Echt sozial: kostenlose Schülerbeförderung

Für viele Familien mit geringem Einkommen stellt derzeit die Deckung der mit dem Schulbesuch einhergehenden Kosten ein großes Problem dar, was häufig zu Lasten der Kinder geht. Das Geld für einen kostenlosen Schülertransport in der DG ist, eine entsprechende Umschichtung vorausgesetzt, vorhanden. Anstatt höherer Ausgaben für den politischen Apparat der DG, braucht es mehr Gelder für unsere Familien. Es gibt viele, die eine finanzielle Unterstützung dringend nötig haben. Ob jedoch jeder der vier Minister der DG einen eigenen Dienstwagen mit eigenem Chauffeur braucht, stellt Vivant als einzige Partei in Frage.

Finanzielle Entlastung: die Einführung eines Betreuungsgeldes in der DG

Neben der Tatsache, dass die Einführung eines Betreuungsgeldes den Familien unserer Gemeinschaft eine zusätzliche Option der Kinderbetreuung ermöglicht, ist die Einführung einer solchen Maßnahme auch eine erhebliche Wertschätzung der erzieherischen Arbeit von Eltern, die ihre Kinder nicht extern betreuen lassen wollen.

Vivant findet, dass es sinnvoller ist, Bürgerinnen und Bürger, insbesondere junge Familien, in Form eines Betreuungsgeldes zu entlasten, statt einen ohnehin



aufgeblähten Regierungs- und Verwaltungsapparat ständig zu vergrößern. Die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft angebotene Kinderbetreuung kostet dem Steuerzahler je nach Betreuungsform mehr oder weniger Geld. Weniger in Anspruch genommene Betreuungsplätze führen zu Einsparungen bei der öffentlichen Hand. Das von Vivant befürwortete Betreuungsgeld führt also nicht zu Mehrkosten, sondern wird kostenneutral gestaltet sein.

Gleichzeitig wird Vivant den pflegenden Angehörigen finanziell unter die Arme greifen.

Ausweitung von Komplementärwährungen in der Pflege und der Bildung: Bildungsgeld – Altenpflege – Seniorengenossenschaften

Das Modell der zeitgedeckte Komplementärwährung: Diese Art von Währungssystem funktioniert auf der Grundlage von Zeit als Tauscheinheit. Im Wesentlichen ermöglicht es den Menschen, ihre Zeit als Währung zu nutzen, um Dienstleistungen oder Produkte innerhalb eines Netzwerks von Teilnehmern zu erwerben oder anzubieten.

Im Gegensatz zu traditionellen Währungen, beruht eine zeitgedeckte Komplementärwährung auf der Idee, dass alle Arbeitsstunden gleichwertig sind. Diese Währungen zielen darauf ab, lokale Wirtschaften zu stärken, indem sie den Austausch von Dienstleistungen und Ressourcen erleichtern, insbesondere in Gemeinschaften oder Netzwerken, in denen die Teilnehmer bereit sind, ihre Zeit und Fähigkeiten miteinander zu teilen.

Ein bekanntes Beispiel für eine zeitgedeckte Komplementärwährung ist das "Zeitbanking", bei dem Mitglieder ihre geleisteten Stunden dokumentieren und dann diese Stunden nutzen können, um Dienstleistungen von anderen Mitgliedern innerhalb des Systems zu erhalten. Beispielweise könnte jemand eine Stunde Zeit damit verbringen, einem anderen Zeitbank-Mitglied bei der Gartenarbeit zu helfen. Diese geleistete Stunde wird auf dem Zeitbank-Konto verbucht. Später kann man dann diese Stunden nutzen, um beispielsweise Hilfe beim Babysitten, Hausreparaturen oder anderen Dienstleistungen zu erhalten, die von anderen Mitgliedern angeboten werden.

Das Zeitbanking fördert den Austausch von Fähigkeiten und Dienstleistungen innerhalb einer Gemeinschaft, unabhängig von finanziellen Ressourcen. Es stärkt das soziale Gefüge, fördert gegenseitige Unterstützung und trägt zur Entwicklung lokaler Wirtschaften bei.







Höheres Kindergeld

für das erste und zweite Kind



Das Sofortprogramm von Vivant für ein gelingendes Miteinander sieht die Ausweitung der kostenlosen Schülerbeförderung auf alle Schüler vor, einschließlich der



Altersgruppe der Sekundarstufe. Durch diese Maßnahme wollen wir sicherstellen, dass alle Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrem Alter gleichermaßen von kostenloser Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel profitieren. Die derzeitige Diskriminierung durch entstehende Kosten für den Transport zur Schule soll beseitigt werden, um Chancengleichheit im Bildungswesen zu fördern und Familien finanziell zu entlasten. Vivant sieht zudem eine Erhöhung des Kindergeldes für das erste und zweite Kind vor, um eine angemessene Absicherung von Kindern und ihren Familien zu gewährleisten.

Betreuungsgeld für Eltern - Anrechnung der Kinderbetreuungszeit bei der Rente

Unser Modell sieht die Einführung eines Betreuungsgeldes für Eltern vor, welches ihnen finanzielle Unterstützung bietet, wenn sie sich entscheiden, ihre Kinder selbst zu betreuen. Darüber hinaus strebt Vivant an, die Kinderbetreuungszeit als Anrechnungszeit bei der Rente zu berücksichtigen. Damit wollen wir die Wahlmöglichkeiten der Eltern bei der Kinderbetreuung stärken und gleichzeitig sicherstellen, dass die Betreuungsarbeit, die sie leisten, angemessen anerkannt wird. Dies trägt nicht nur zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei, sondern auch zur langfristigen finanziellen Absicherung der Eltern im Alter

Unterstützung pflegender Angehöriger

Vivant will eine umfassende Unterstützung für pflegende Angehörige einführen. Dazu gehören finanzielle Entlastungen durch Pflegegeld oder steuerliche Vergünstigungen, aber auch die Bereitstellung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten sowie die Förderung von flexiblen Arbeitsmodellen für pflegende Familienmitglieder. Ziel ist es, die Belastung von pflegenden Angehörigen zu reduzieren, ihre Lebensqualität zu verbessern und eine würdevolle Pflege im familiären Umfeld zu ermöglichen.

Pflegepersonal im Inland anwerben

Die Agenda von Vivant sieht die gezielte Anwerbung von Pflegepersonal im Inland und innerhalb Europas vor, um die bestmögliche Versorgung unserer Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen, ohne das Elend in Drittländern zu verstärken. Dies umfasst Maßnahmen wie die Förderung von Ausbildungsplätzen im Pflegebereich, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Attraktivität des Pflegeberufs sowie die Schaffung von Anreizen für Pflegefachkräfte, in ihrem Heimatland oder innerhalb Europas tätig zu werden. Ziel ist es, den Bedarf an qualifiziertem Pflegepersonal zu decken, ohne dabei die Gesundheitssysteme anderer Länder zu schwächen.

Dies gilt ebenfalls für Fachkräfte anderer Berufe.



Integration durch: Achtung und Verantwortung





Integration ist keine Einbahnstraße

Vivant fördert Integration, basierend auf den Werten von Achtung und Verantwortung. Inspiriert von dem Grundsatz "Wenn du in Rom bist, benimm dich wie die Römer" erkennen wir an, dass es wichtig ist, sich den Sitten und Gepflogenheiten des Gastlandes anzupassen. Wir unterstützen daher verpflichtende Sprachkurse für Migranten, um ihre Integration zu erleichtern und die Kommunikation zu verbessern. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass die kulturelle Vielfalt geschätzt wird und jeder die Möglichkeit hat, seine kulturelle Identität zu bewahren. Durch Bildung und den Abbau von Vorurteilen schaffen wir eine Gesellschaft, in der Vielfalt als Bereicherung betrachtet wird und in der jeder Einzelne nicht nur die Chance hat, sein volles Potenzial zu entfalten, sondern dies auch motiviert angeht.

Unterricht und Ausbildung

Dringend nötig: Verbesserungen im Unterrichtswesen

In den letzten Jahrzehnten ist das Bildungsniveau in der Deutschsprachigen Gemeinschaft kontinuierlich gesunken. Vivant will das ändern, indem es die Ursachen dieser Entwicklung untersucht und dann gemeinsam mit allen Akteuren eine grundlegende Aufklärung dazu betreibt, um gemeinsam an Lösungen zu arbeiten.

Besonders im digitalen Zeitalter sind grundlegende Fähigkeiten wie Lesen, Schreiben, Rechnen und Sprachkenntnisse wichtiger denn je. Vivant setzt sich für eine Bildung ein, die Kinder zu selbstständigen Bürgerinnen und Bürgern macht und dabei auch die neuen, digitalen Herausforderungen berücksichtigt.

Gerade deshalb befürwortet Vivant ein Handyverbot an Schulen und warnt vor einer übermäßigen Nutzung digitaler Medien. Wir setzen uns für hochwertig ausgestattete Computerräume ein, statt schnell veraltende Laptops zu erwerben. Mobbing an Schulen ist ein ernsthaftes Problem, dem Vivant mit einer verbesserten Medienmündigkeit begegnen will.

Die zahlreichen Bildungsreformen der vergangenen Jahre haben das Niveau nicht gehoben und wurden oft von Lehrern kritisiert. Daher ist eine gründliche Überprüfung und Unterstützung seitens aller Beteiligten notwendig, um wirksame Veränderungen zu erzielen.



Ausbildungsqualität verbessern

Das Programm von Vivant sieht die Verbesserung der Ausbildungsqualität als oberste Priorität an. Dazu werden wir in modernisierte Lehrpläne, innovative Lehrmethoden und die Ausstattung von Bildungseinrichtungen investieren. Zudem streben wir nach einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen Bildungsinstitutionen und der Wirtschaft, um sicherzustellen, dass Berufsausbildung praxisnah und zukunftsorientiert ist. Ziel ist es, allen Lehrlingen die bestmögliche Vorbereitung auf eine erfolgreiche Zukunft zu bieten.

Höhere Lehrlingsentschädigung ab dem ersten Jahr

Die Agenda von Vivant sieht die Einführung einer höheren Lehrlingsentschädigung ab dem ersten Jahr vor. Angesichts des durchschnittlichen Einstiegsalters von über 18 Jahren in eine Lehre erkennen wir die Notwendigkeit an, dass diese jungen Menschen angemessen entschädigt werden müssen, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Ohne eine höhere Entschädigung ist es für viele Auszubildende finanziell nicht leistbar, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten und sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen. Eine gerechte Entlohnung von Anfang an ist daher unerlässlich, um die Attraktivität von Ausbildungen zu erhöhen und so die berufliche Entwicklung und Integration junger Menschen zu fördern.



Harmonie mit der Erde: Respektvolles Miteinander von Mensch und Natur



Das politische Programm von Vivant strebt nach Harmonie mit der Erde durch ein respektvolles Miteinander von Mensch und Natur. Wir setzen auf evidenz- und vernunftbasierte Entscheidungen, die sowohl den Schutz der Umwelt als auch die



Aufrechterhaltung der Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger gewährleisten. Dabei verfolgen wir einen ganzheitlichen Ansatz, der die Bedeutung des Umweltschutzes für unsere Gesellschaft anerkennt, jedoch ohne unnötigen Alarmismus. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen alle Akteure eingebunden werden, einschließlich der Industrie und insbesondere auch des Militärs - ein oft tabuisiertes Thema. Wir sind überzeugt, dass eine Zusammenarbeit aller Sektoren entscheidend ist, um die Herausforderungen des Umweltschutzes effektiv anzugehen und gemeinsam eine nachhaltige Zukunft zu gestalten.





Erläuterungen zur politischen Arbeit

1. Vivant - Klarheit und Mut zur Wahrheit #klarheitmutwahrheit

Wie schnell ein Staat und dessen Regierungen übergriffig werden können, haben wir in den letzten Jahren alle erlebt. Wenn Bürgerrechte ausgehebelt werden und gleichzeitig die Verschwendung von Steuergeldern weiter ausufert, ist Vivant zur Stelle und stellt die richtigen Fragen, zeigt Missstände sowie alternative Vorgehensweisen auf. Das gefällt nicht jedem, aber als Volksvertreter setzen wir uns innerhalb und außerhalb des Parlaments für alle Bevölkerungsgruppen *mit Klarheit und Mut zur Wahrheit* ein.

In der aktuellen politischen Kultur sind Klarheit und Wahrheit keine Selbstverständlichkeit. Doch sie sollten es sein. Nur so kann eine Politik zum Wohle des Volkes gelingen.

Unser Grundprinzip ist, dass das Miteinander keine Einbahnstraße ist und auf einem verantwortungsvollen Ausgleich von Geben und Nehmen beruht. Dazu gehört eine strikte Ausgabendisziplin, um alle Akteure der Gesellschaft angemessen unterstützen zu können – nach den Prinzipien "Hilfe zur Selbsthilfe" sowie "Fördern und Fordern". Dabei lassen wir uns von dem Ansatz: "So viel Freiheit wie möglich und so viel Unterstützung wie nötig" leiten. Mehr Freiheit bedeutet aber auch mehr Eigenverantwortung. Eine starke Gesellschaft kann nur von starken Menschen geschaffen werden. Die Politik soll den Menschen stärken, nicht sich selbst.

Anders als eine klassische Partei versteht sich Vivant vielmehr als eine Bewegung kritisch-engagierter Bürgerinnen und Bürger. Deswegen verzichten wir auf einen aufwändigen Parteiapparat. In zwanzig Jahren parlamentarischen Wirkens war Vivant immer schon eine Ideenbewegung. Jetzt ist die Zeit für einen Wechsel von einer Regierung der Parteien hin zu einer Regierung der Vernunft gekommen. Vivant ist



bereit Verantwortung zu übernehmen. Uns geht es aber nicht um politische Macht der Macht willen. Politik soll dem Menschen dienen, nicht umgekehrt!

2. Vivant – mit Steuergeld haushalten #mitsteuergeldhaushalten

Die Deutschsprachige Gemeinschaft hat unter der Regierung Paasch und tätiger Mithilfe der sozialistisch geführten Vorgängerregierungen Schulden in Höhe von <u>fast</u> 1.000.000.000 Euro (einer Milliarde Euro) angehäuft.

Vivant erkennt Sparpotenzial in allen Bereichen des öffentlichen Sektors und insbesondere im politischen Apparat.

Alle Ausgaben der öffentlichen Hand müssen auf den Prüfstand. Vivant steht für moderne Konzepte zur Effizienz in der Verwaltung. Durch ein straffes Personalmanagement, den Abbau von Bürokratie und eine gut durchdachte Digitalisierung (einschließlich KI) können laufende Kosten abgebaut werden. Jeder Dienst sollte aber auch insbesondere für Menschen, die sich nicht in der digitalen Welt zurechtfinden, auf analogem Weg erreichbar sein. Unser Motto lautet: die fördern Analoge bewahren! Digitalisierung und das Auch hier zwischenmenschlicher Kontakt das wertvollste Kommunikationsinstrument, das wir in vollem Umfang erhalten wollen.

Wir sind für einen Einstellungsstopp in Regierung und Verwaltung und die Einführung einer Schuldenobergrenze.

Und für maximal 3 Regierungsmitglieder. Dies ist mehr als nur ein Symbol, sondern wäre gleichzeitig ein starkes Signal an die Bevölkerung und auch an die anderen Regierungsebenen in Belgien.

Die finanziellen Belastungen, die der Staat unseren Kindern und Enkelkindern schon jetzt auferlegt, sind gewaltig. Während Steuerhinterziehung und -vermeidung strafbar sind, ist es Steuerverschwendung und Steuermissbrauch nicht. Das halten wir für



falsch. **Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen**. Und eine schwere Hypothek für künftige Generationen: Nachhaltig geht anders.

3. Vivant - dem Verwaltungsapparat Grenzen setzen #effizienteverwaltung

Die Personalkosten der zahlreichen Verwaltungsbehörden aller Ebenen des belgischen Föderalstaates einschließlich der Deutschsprachigen Gemeinschaft ufern unkontrolliert aus. Mit Vivant wird dem eine Grenze gesetzt. Gerade in Zeiten von Fachkräftemangel wird der öffentliche Dienst zum Konkurrenten der freien Wirtschaft, wobei er von deren Steuerzahlungen lebt. Außerdem üben die Privilegien des öffentlichen Dienstes immer noch eine ungesunde Anziehungskraft aus. Beides darf nicht sein.

Gleichzeitig fehlen im aktuellen öffentlichen Besoldungssystem flexible Möglichkeiten der Honorierung.

Vivant fordert deshalb die langfristige Überarbeitung des Personalstatuts in zahlreichen Bereichen des öffentlichen Dienstes (Verwaltungen, Unterrichtswesen etc.).

Es widerspricht einer freiheitlichen und egalitären Gesellschaft im 21. Jahrhundert, Verwaltungsaufgaben weiterhin überwiegend durch privilegierte Berufsgruppen ausüben zu lassen. Sonderrechte führen zu einem starren und ineffizienten System, welches jetzt schon nicht mehr bezahlbar ist. Oftmals ist erhöhter Frust unter Mitarbeitern der öffentlichen Verwaltung die Folge, da motivierte Personen für Ihren Einsatz nicht belohnt werden können. Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst sollten, ähnlich wie in der Privatwirtschaft, mehr nach Engagement und Leistung bezahlt werden. Auch dies könnte die Effizienz steigern. Schon heute wird mehr als jeder zweite Euro, in der Gesamtberechnung, von der öffentlichen Hand in Belgien ausgegeben. Das ist einfach ungesund: Die Belastungen für die arbeitende Bevölkerung und die Unternehmen haben jetzt schon die Grenzen des Erträglichen überschritten. Aktuell beträgt die Staatsquote in Belgien mehr als 50 Prozent. Die



Staatsquote drückt den Grad der Inanspruchnahme der gesamten Volkswirtschaft durch den staatlichen Sektor aus.

Vivant setzt hier klare Zeichen. Wir plädieren dafür, den belgischen Senat als Versorgungseinrichtung aussortierter Parteifunktionäre abzuschaffen. In der Übergangszeit wollen wir die Funktion des von der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezeichneten Senators mit der des Parlamentspräsidenten fusionieren.

Außerdem tritt Vivant nicht nur für die Übertragung der Befugnisse der Provinz Lüttich auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft an die DG ein, sondern auch für die komplette Abschaffung aller belgischen Provinzen. Sie sind ein Relikt aus der Zeit, als Belgien noch kein Föderalstaat war. Die eingesparten Mittel dürfen allerdings nicht an die anderen Machtebenen im föderalen Belgien verteilt werden. Vivant spricht sich dafür aus, dieses Geld in Form von Steuersenkungen beim Bürger zu belassen.

Die Staatsreformen haben leider nicht zu einer Vereinfachung des Staatsapparates und weniger Verwaltung geführt, sondern im Gegenteil zu mehr Bürokratie. Eine Weiterführung der Staatsreform sollte aber genau das ins Auge fassen: Eine Vereinfachung des belgischen Staatsapparates und eine Reduzierung von Verwaltung und Bürokratie. Dabei dürfen nicht Interessen der einzelnen Gliedstaaten bzw. Akteure im Vordergrund stehen, sondern das Gesamtbild. Insofern ist für Vivant die Übertragung von Zuständigkeit zurück an den Föderalstaat nicht ausgeschlossen, wenn dadurch insgesamt das Staatsgefüge vereinfacht wird und dies dem Bürger mehr Nutzen bringt.

Ein Belgien der 4 Regionen wäre für Vivant nur eine Option, wenn damit ein drastischer Bürokratieabbau auf allen Ebenen des Föderalstaates und eine Vereinfachung des belgischen Staatsapparates einhergeht. Außerdem müssen die besonderen Interessen der Deutschsprachigen Bürger berücksichtigt und die Gleichstellung aller Belgier vor dem Gesetz gewährleistet sein.



4. Vivant - JA zu Demokratie und NEIN zu Ideologien #noideology

Vivant positioniert sich klar gegen ideologische Grabenkämpfe. Wir stehen für eine gerechte, solidarische Politik der wirtschaftlichen Vernunft. Die Spaltung der Gesellschaft wird mit einer Politik befördert, die den politischen Diskurs verweigert, kritische Debatten im Keim erstickt und nicht davor zurückschreckt, unangenehmen politischen Gegnern die demokratische Legitimierung abzusprechen. Wir sind auch die politische Kraft der kritischen und selbstbestimmten Bürgerinnen und Bürger, die sich wegen ihrer Überzeugungen nicht in Schublade stecken lassen.

Vivant stellt sich ebenfalls gegen jede Form der Extreme, sowohl links als rechts. Für den Schutz der Freiheit, die Sicherung der Demokratie und die Gerechtigkeit in der Gesellschaft ist es unabdingbar, dass sich Wählerinnen und Wähler ihr eigenes Bild davon machen können, wofür ihr Steuergeld eingesetzt wird. Das wiederum setzt voraus, dass in der Gesellschaft und in den Parlamenten kritische Debatten nicht nur zugelassen, sondern gefördert werden. Mit Vivant wird es keine staatliche Finanzierung ideologiegetriebener Einrichtungen geben.

Was für Ideologien gilt, gilt auch in religiösen Fragen: Vivant steht für eine strikte Trennung von Kirche und Staat. Entsprechend treten wir für klare Regeln und eine Offenlegung der Besitztümer der Kirchenfabriken ein, wie es bereits in anderen Landesteilen der Fall ist. Auch hier müssen die Fördermittel einer ständigen Kontrolle unterzogen werden.



5. Vivant - die Bürger in den Mittelpunkt stellen #eigenverantwortungstärken

Das Menschenbild von Vivant basiert auf dem des eigenverantwortlichen, selbstbestimmten, mündigen Bürgers. Leider leben wir bereits in einer Gesellschaft, die den Schutz der Bürger vor dem übergriffigen Staat nicht mehr gewährleistet. Vivant tritt für eine Rückführung des Staates auf seine Kernaufgaben und einen selbstauferlegten Rückzug der Politik aus vielen Bereichen des täglichen Lebens ein.

Wir alle haben erlebt, dass der Schritt von der politisch gewollten Einschränkung des öffentlichen Lebens hin zu willkürlichen Maßnahmen nur ein sehr kleiner ist. Vivant hat die demokratischen Grundrechte nicht nur im Parlament verteidigt, sondern auch auf der Straße, wo sie während der Coronazeit ebenfalls in Bedrängnis geraten waren.

Wir haben uns mit dem Mittelstand, dem HoReCa und deren Angestellten, den Kindern, den Jugendlichen und deren Eltern und den Alten und Kranken in ihrer Einsamkeit solidarisch gezeigt. Davon werden wir uns auch in Zukunft nicht abhalten lassen, denn für die Zukunft wollen – und müssen – wir die Menschen der Deutschsprachigen Gemeinschaft stark machen. Dafür hilft ein Blick in die Vergangenheit, denn für Vivant sind die politischen Fehlgriffe der Verantwortlichen der realitätsfernen Maßnahmen vor allem in der zweiten Covid-19-Phase noch nicht hinreichend aufgearbeitet, um daraus die richtigen Schlüsse für die Zukunft zu ziehen. Hier werden wir intensiv weiter auf Aufklärung drängen.



6. Vivant - Subventionen genauer prüfen #hilfezurselbsthilfe

Staatliche Subventionen können sinnvoll sein, dürfen aber vor dem Hintergrund der hohen Schuldenlast nicht zum Automatismus werden.

Die Gemeinden sind das einzige ernstzunehmende politische Gegengewicht auf dem Gebiet der DG zu den politischen Organen in Eupen, vor allem der Regierung. Im Interesse der Bevölkerung darf die Deutschsprachigen Gemeinschaft nicht eine blind subventionierende Instanz der Gemeinden sein. Jeder Euro, der von der öffentlichen Hand ausgegeben wird, ob von der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder von einer der neun Gemeinden, ist ein Steuer-Euro. Entsprechend gewissenhaft muss auf beiden Ebenen die Kontrolle sein.

Subventionen müssen grundsätzlich auf Sinnhaftigkeit geprüft und gegebenenfalls zurückgefahren werden, denn sie sind entweder Steuergelder oder werden, im Fall von schuldenfinanzierten Zuwendungen, mit dem Geld der nachfolgenden Generationen bezahlt. In allen Bereichen gilt für Vivant die vorbehaltlose, unideologische, vernunftgetriebene Prüfung dessen, ob Steuergelder sinnvoll verwendet werden.

Es geht nicht darum Projekte nicht zu finanzieren, oder abzulehnen. Sondern eben ganz nüchtern, sachlich und pragmatisch Projekte und ihren Kostenaufwand zu analysieren. Das hat auch nichts mit dem Eingriff in die Gemeindeautonomie zu tun. Dies ist im Gegenteil ein gegenseitiges Helfen, um Projekte eben günstiger zu realisieren.

Unsere Grundprinzipien "Hilfe zur Selbsthilfe" sowie "Fördern und Fordern" gelten nicht nur in der Sozialpolitik, sondern gleichermaßen auch in der Struktur- und Wirtschaftspolitik. Dies versteht Vivant unter einer solidarischen Gemeinschaft.



7. Vivant - ein besseres Bildungsniveau #bildungstärken

In den letzten Jahrzehnten ist das Bildungsniveau in der Deutschsprachigen Gemeinschaft kontinuierlich gesunken. Vivant will das ändern.

Hier gilt es zuerst, die vielfältigen Ursachen dieser negativen Entwicklung zu ergründen und dann sinnvoll gegenzusteuern. Auch und gerade im digitalen Zeitalter ist der Erwerb von Grundfertigkeiten im Lesen, Schreiben, Rechnen und 1. Fremdsprache wichtiger denn je. Das Aufkommen von Künstlicher Intelligenz stellt ganz neue Herausforderungen an das Bildungswesen. Die Deutschsprachige Gemeinschaft hat allein schon wegen ihrer überschaubaren Größe zahlreiche Möglichkeiten, eine an die neuen Anforderungen angepasste Bildung zu gewährleisten. Vivant setzt sich aber auch für eine Rückbesinnung auf die Kernaufgabe von Bildung ein: Grundbedingungen schaffen, damit die Kinder und Jugendlichen zu selbstständigen Bürgern werden.

Der ausufernde Konsum von sozialen Medien, die auf Smartphones oder anderen digitalen Geräten nahezu omnipräsent sind, der Verlust des Wissens um den Wert einer die körperliche und geistige Gesundheit fördernde Erziehung, die durch die Auflösung haltgebender gesellschaftlicher und familiärer Strukturen entstehende Verwirrung sowie der drohende Verlust der eigenen kulturellen Identität sind nur einige Aspekte, die dabei eine Rolle spielen. Vivant hat den Mut, diese offen anzusprechen und Gegenmaßnahmen aufzuzeigen.

Vivant hat sich deutlich für ein Handyverbot in den Schulen ausgesprochen. Digitale Medien können zielgerichtet und begrenzt eingesetzt werden, und zwar nur dort, wo sie nachweislich einen Mehrwert bringen. Sie dürfen nicht zu einem Allheilmittel für eine fehlgeleitete Bildungspolitik werden. KI gestützte Lernprogramme, wie sie vermehrt von der IT-Industrie angeboten werden, sollten mit Vorsicht angegangen werden. Die so genannte Digitale Bildung, welche mittels künstlicher Intelligenz (KI) Schülerergebnisse messen und auf den Messergebnissen basierende individuelle



Lehrpläne für jeden Schüler erstellen sollen, sind in Schulen fehl am Platz. Solche Systeme mögen für die Verbesserung von Unternehmensprozessen sinnvoll sein, im Bereich Bildung haben sie nichts verloren. Kein Mensch lernt digital! Für den Lernerfolg ist die Beziehung zum Lehrer, sowie dessen Empathie und Begeisterungsfähigkeit nach wie vor ausschlaggebend. Außerdem sollte klar sein, dass nur gut ausgebildetes Personal den Heranwachsenden, die mittlerweile alle "digital natives" sind, einen bewussten und mehrwertfördernden Umgang sowie die notwendige Medienkompetenz vermitteln kann.

Anstatt alle Sekundarschüler und Auszubildende beim ZWAM mit veralteten Laptops auszustatten, bevorzugen wir sehr gut ausgestattete Computerklassen mit modernen, leistungsfähigen Geräten und Programmen, welche Videoschnitt, Grafikbearbeitung, 3D-Druck, CAD usw. ermöglichen, und den heutigen Anforderungen genügen.

Mobbing gegen Schüler wie Lehrer ist auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft traurige Realität mit schwerwiegenden psychischen Auswirkungen für die Opfer aber auch negativem Einfluss auf das gesamte Zusammenleben in der Schule. Durch die sozialen Medien ist Mobbing heute in einer ganz anderen Größenordnung möglich als vor deren Einführung. Der bewusste Austausch mit Schülerinnen und Schülern über die Nutzung digitaler Medien und sozialer Netzwerke wird unserer Überzeugung nach zu einer verbesserten Medienmündigkeit führen.

Wir setzen uns des Weiteren für einen verbesserten Betreuungsschlüssel in Kindergärten ein. Für Eltern, die die Betreuung ihrer Kindern selbst in die Hand nehmen möchten, sollte das möglich gemacht werden. Ebenfalls ist uns die Förderung der dualen Ausbildung als gleichwertigen Bildungsgang neben der akademischen Ausbildung wichtig.

Die unzähligen Reformen und Maßnahmen der letzten 20 Jahre haben es nicht geschafft, das Bildungsniveau zu halten, geschweige denn zu steigern. Diese waren teilweise sehr kostspielig und sind oftmals bei den Lehrern auf viel Missmut gestoßen.



Von daher ist es unabdingbar innezuhalten, denn ohne die Unterstützung seitens der Schulträger, Schulleitungen und Lehrern, bleiben Reformen nicht nur wirkungslos, sondern wirken teilweise kontraproduktiv.

8. Vivant - für eine aktive und konstruktive Arbeitsmarktpolitik #aktivkonstruktivgemeinsam

Auch in der Arbeitsmarktpolitik greifen unsere Grundprinzipien "Hilfe zur Selbsthilfe" sowie "Fördern und Fordern": Arbeitslosengeld darf nicht als bedingungsloses Grundeinkommen angesehen werden.

Arbeitsplatzbeschaffung ist immer noch die beste Sozialpolitik. Deshalb ist es unser politisches Ziel, dem starken und innovativen ostbelgischen Mittelstand dabei zu helfen, neue Arbeitsplätze zu schaffen und Menschen dafür zu qualifizieren.

Vivant wird dabei besonders die mittelständischen Unternehmen der Deutschsprachigen Gemeinschaft durch die Befreiung von bürokratischen Hürden unterstützen. Die föderale Politik hingegen ist gefragt, um insgesamt bessere (Steuer-u. Abgaben-) Rahmenbedingungen für die belgische Wirtschaft im europäischen und internationalen Kontext zu schaffen.

Deshalb bedarf es auch Konzepte, um Fachkräfte in Ostbelgien zu halten. Das es seit Jahren immer mehr Pendler zum benachbarten Ausland gibt, ist einer ungesunden und falschen belgischen Steuer- und Abgabenpolitik geschuldet. Hier ist zuerst der Föderalsstaat gefordert. Das betrifft Arbeitnehmer und Selbstständige gleichermaßen. Aktuell verlässt rund 25% der aktiven Bevölkerung den ostbelgischen Arbeitsmarkt für einen Job im benachbarten Ausland. Zwar profitiert die ostbelgische Wirtschaft auch von der Ansiedlung von Niederlassungen ostbelgischer Betriebe in Luxemburg oder Deutschland, aber dennoch wäre es für alle Beteiligten sinnhafter, wenn diese Betriebe in Ostbelgien bleiben und Arbeitsplätze vor Ort schaffen würden. Vor allem im Fall



einer Entwicklung eines Belgiens zu viert wäre dies ungemein wichtig, weil die Deutschsprachige Gemeinschaft dann selbst Steuerhoheit erlangen würde. Leider ist das Steuern- und Abgabengefälle zwischen Belgien und seinen Nachbarn so groß, dass nur eine drastische Verhaltensänderung zur Wiederherstellung einer gewissen Balance führen kann. Dafür ist – wie gesagt – die Föderalregierung zuerst gefragt.

Der aktuell zu beobachtende Exodus schwächt jegliches Wachstum des Wirtschaftsstandorts Ostbelgien nachhaltig. Es bedarf daher einer aktiven und entschiedenen politischen Verteidigung der Interessen derjenigen lokalen Unternehmen, Beschäftigten und Familien, die ihren Tätigkeits-, Arbeits- und Lebensmittelpunkt in Ostbelgien haben und die letztendlich den Wohlstand, die Stabilität der Deutschsprachigen Gemeinschaft sicherstellen.

Die demografische Entwicklung wird den bereits jetzt dramatischen Arbeitskräftemangel noch weiter verschärfen. Trotzdem hat die Deutschsprachige Gemeinschaft Möglichkeiten, diesem Phänomen entgegenzuwirken. Eine davon ist die Weiterentwicklung und bessere Koordination bestehender (teil-)qualifizierender Unterstützungsangebote mithilfe des Arbeitsamtes, die sich vor allem an Erwachsene (25+) richten, die keinen oder einen veralteten Berufsabschluss haben, arbeitslos oder von Arbeitslosigkeit bedroht sind sowie geflüchtete Menschen mit Bleibeperspektive.

Hierbei muss das Augenmerk vorrangig auf das Erlernen eines der ostbelgischen Mangelberufe gelegt werden, kombiniert mit dem Erlernen der deutschen Sprache falls notwendig. Nur so gelingen eine zielgerichtete (Teil-)Qualifikation, die Vermittlung in den Arbeitsmarkt und somit die gesellschaftliche Integration – insbesondere für zahlreiche Geringqualifizierte.

Die Arbeitsmarktvermittlung muss serviceorientiert und proaktiv zu Werke gehen, Arbeitsuchende und Arbeitgeber gleichermaßen als Kunden ansehen und beide entsprechend betreuen. Das Arbeitsamt muss sich als Dienstleistungszentrum verstehen und nicht als Behörde um bestehende Arbeitslosigkeit zu verwalten.



Im Fokus stehen muss die passgenaue und zeitnahe Vermittlung in den ostbelgischen Arbeitsmarkt, bevor diese Arbeitsuchenden sich außerhalb der Region bewerben. Dies gilt insbesondere auch für die diplomierten Universitäts- und Hochschulabsolventen, die in den Arbeitsmarkt drängen. Wichtig ist hier, dass ein klarer Blick auf die ostbelgischen Studierenden (Bestandskenntnis) vorhanden ist mit einer regelmäßige Kontaktpflege und proaktive Information über den Standort Ostbelgien sowie seine Vorteile und Möglichkeiten betrieben werden.

Mittelfristig, nach der dafür notwendigen Staatsreform, müssen die Aufgaben des Arbeitsamtes und die Auszahlung des Arbeitslosengeldes zusammengeführt werden. Hierdurch werden Effizienz und Erfolgschancen der Integration in den Arbeitsmarkt in bedeutendem Maße erhöht, wie Beispiele aus dem Ausland (z.B. aus Österreich) zeigen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Einstellungspolitik der öffentlichen Hand, die einen fairen Wettbewerb mit dem privatrechtlichen Sektor gewährleisten sowie Effizienz- und Produktivitätsdenken im öffentlichen Dienst verankern und im Alltag leben muss.

9. Vivant - die Senioren in den Blick nehmen #inwürdealtwerden

Bei Vivant steht die wesentliche Frage im Vordergrund, welchen Platz der Mensch und mit ihm eine wertegeleitete Menschlichkeit in unserer Gesellschaft hat. Für uns geht es um ein gerechtes und solidarisches Miteinander der Generationen. Die Politik verliert dabei allzu häufig die älteren Menschen aus den Augen: Vivant wird das ändern.

Auch wenn viele Senioren heute bis ins hohe Alter fit und gesund bleiben und aktiv am Leben teilnehmen, werden sie, einmal pflegebedürftig geworden, in unserer wettbewerbsorientierten Gesellschaft schnell als Belastung angesehen. Vivant wird dem entgegenwirken – unter anderem durch die Förderung von Genossenschaften mit angepasstem Wohnraum, wo Senioren sich zusammenschließen und mit täglichen



Aufgaben gegenseitig helfen können. Diese Innovation der Altersvorsorge sichert die Pflege älterer Menschen, für die die bisherigen Systeme nicht mehr ausreichen. Parallel dazu werden mit Vivant auch pflegende Angehörige zukünftig finanzielle Unterstützung erhalten, wobei dies ebenfalls auch eine föderale Angelegenheit ist und es hier eines Umdenkens bedarf

Die Arbeitsbedingungen in Pflegeheimen müssen dringend verbessert werden: Vor allem durch mehr Pflegepersonal, eine bessere Entlohnung und ein professionelles und menschliches Personalmanagement. Das Ziel muss sein, die Arbeitskräfte langfristig in den Einrichtungen zu halten. Vivant sieht dies als Priorität an und wird hierfür modernere Rahmenbedingungen schaffen.

10. Vivant – für eine ganzheitliche Gesundheitspolitik#ganzheitlichgesund

Gesundheitspolitik genießt bei Vivant einen hohen Stellenwert. Nicht zuletzt während der Corona-Regierungsmaßnahmen verstand sich Vivant als wichtiges Kontrollorgan und Korrektiv gegen staatliche Übergriffe auf dem Rücken weiter Teile der Bevölkerung, insbesondere auch der Jugend, und zulasten des Pflegepersonals. Diese Zeit der Verbote, Entbehrungen und Einsamkeit, in denen die verantwortlichen Regierungen weitreichende Eingriffe in verfassungsgemäße Grundfreiheiten vorgenommen haben, wird Vivant öffentlich weiter aufarbeiten, damit aufgeklärte Bürgerinnen und Bürger für die Zukunft gewappnet sind. Dabei scheut sich Vivant auch nicht, bei Hierarchien ganz oben anzusetzen und zum Beispiel die EU-Kommissionspräsidentin nötigenfalls per Gerichtsbeschluss zu zwingen, ihre Korrespondenzen aus dieser Zeit offenzulegen. Die staatliche Gesundheitsförderung bedarf einer grundlegenden Reform, denn im Vordergrund steht nicht die Gesundheit, sondern die Behandlung von Krankheiten und das damit einhergehende Geschäft. Der Einfluss der Pharmaindustrie auf Mediziner, die Forschung und politische Entscheidungsträger ist bedenklich und muss drastisch eingeschränkt werden.



Generelles Ziel ist eine Neuorientierung des Gesundheitssektors, weg von einer ausschließlich profitgeleiteten Pharmaindustrie, hin zu einer auf die Behebung der Ursachen von Krankheiten ausgerichteten Begleitung der Menschen. Diese wollen wir fit machen für mehr Eigenverantwortung im Hinblick auf die eigene Gesundheit, weniger ausschließliche Symptombekämpfung durch Pharmazeutika und mehr Vorbeugung durch eine gesunde Lebensführung, beginnend bei Kindern und Jugendlichen bis hin zu älteren Menschen. Die unvollständige, auf die materielle Betrachtung des Menschen und seiner Krankheiten fokussierte Sichtweise muss erweitert werden in Richtung eines ganzheitlichen Ansatzes. Dieser führt im Endeffekt zu erheblichen Kostensenkungen bei gleichzeitiger Verbesserung der allgemeinen Vivant Gesundheitslage. Dies beinhaltet für auch ein Bekenntnis zur Existenzsicherung kleinerer, bevölkerungsnaher Krankenhäuser der Allgemein- und Notfallversorgung.

11. Vivant - für eine nachhaltige Raumordnung #mitdernatur

Vivant strebt eine Gesamtvision für das Gebiet deutscher Sprache an. Dabei werden wir die Gemeinden, die Landwirte, die Gewerbetreibenden, die Industrie und Naturschutzeinrichtungen gemeinsam mit einbinden. Hier gilt es umfassend zu agieren.

Die Raumordnung darf sich nicht allein auf Bautätigkeiten beschränken: Eine ebenso wichtige Rolle spielen Umwelt- und Milieuschutz, Artenvielfalt und Gesundheitsförderung. Dafür muss eine vernünftige politische Planung von Arbeit, Mobilität und Lebensqualität stattfinden. Vivant plant mit der Natur und nicht gegen sie.

Wir stehen für moderne, unideologische Stadtplanungskonzepte mit Gewerbezonen, in denen sich durch gezielte Maßnahmen zukünftig auch Biotope, Hallen mit begrünten Dächern, als Alleen angelegte Straßen oder Teiche integrieren.



Des Weiteren muss mehr Achtsamkeit dem Wasserkreislauf gegeben werden. So gibt es zwar wieder die Verpflichtung anfallendes Oberflächenwasser direkt versickern zu lassen, die Fehler der Vergangenheit haben jedoch bleibende Schäden verursacht. Ebenfalls liegt bei der Abwasserklärung einiges im Argen. Auch befindet sich hier noch ein Teil der Zuständigkeiten bei der Wallonischen Region. Hier gilt es die Verantwortlichen an ihrer Verantwortung zu erinnern und Best-Practice Beispiel, welche bereits in einigen Eifelgemeinden funktionieren zu fördern.